

## **Editorial**

Arbeit ist ohne Konflikt nicht zu haben – dies betrifft die Transformation von Arbeitsvermögen in Arbeitsleistung im betrieblichen Kontext ebenso wie die Regulierung von Arbeit. In dieser Ausgabe der AIS-Studien sind Beiträge der Frühjahrstagung der Sektion Arbeits- und Industriesoziologie (11.-12.06.2015 in Göttingen) versammelt, die „Konflikt(e) um Arbeit“ zum Thema machen.

Im ersten Beitrag behandeln *Wolfgang Menz (ISF München)* und *Knut Tullius (SOFI Göttingen)* die Frage, inwiefern „Stellvertreterpolitik“ derzeit in eine Legitimitätskrise gerät. Anhand empirischer Befunde zu Fällen von Standortschließung in der IT-Branche und im Einzelhandel argumentieren sie, dass der traditionelle Tausch (Akzeptanz von Stellvertreterpolitik gegen Beschäftigungssicherheit) speziell von Seiten des Managements in Frage gestellt werde. Die weit verbreitete Kritik von Beschäftigten an Würdeverletzung (Einzelhandel) bzw. Rationalitätsverletzung (IT) sei bislang jedoch eher Ausdruck von Verunsicherung und spreche (noch) nicht für eine Delegitimierung sozialpartnerschaftlicher Orientierungen.

Der Aufsatz von *Mario Becksteiner (Universität Göttingen)* knüpft insofern direkt an diese Ausführungen an, als die Controllingmaßnahmen, mit denen ProjektleiterInnen in dem von ihm untersuchten Industriebetrieb konfrontiert sind, ebenfalls zu Legitimationsproblemen betrieblicher Herrschaft beitragen. Becksteiner diskutiert, wie immer neue Controllinganforderungen formuliert und Rückmeldungen von Beschäftigten eingefordert werden, ohne dass ein Input erkennbare Folgen habe. Vom Management präsentiert als Element der Marktsteuerung, von Beschäftigten hingegen wahrgenommen als unproduktive Erweiterung bürokratischer Steuerung, werde Subjektivität im Rahmen exzessiven Controllings gleichzeitig in Dienst genommen und ihre Äußerung ad absurdum geführt.

Im dritten Beitrag argumentiert *Philipp Staab (Hamburger Institut für Sozialforschung)*, dass bei gering qualifizierten Dienstleistungen eine Horizontalisierung des Arbeitskonfliktes stattfindet, verstanden als zunehmend fragmentierte Konkurrenz zwischen Beschäftigten um Privilegien und Aufstieg im Rahmen von Günstlingsmodellen. Hintergrund seien Prozesse sozialer Rationalisierung im Arbeitsprozess, da Tätigkeiten in Reinigungsdienst, Sicherheitsgewerbe oder Pflege einer fortschreitenden Standardisierung und Intensivierung sowie einer Abkehr von Arbeitsteilung unterworfen seien. Weil das Management vermehrt auf direkte Kontrolle setze, entstehe eine neue Form personaler Herrschaft, die eine Institutionalisierung des Arbeitskonfliktes erschwere.

Die Zersplitterung des Klassenkonfliktes ist auch Gegenstand des vierten Textes von *Stefan Schmalz, Steffen Liebig und Marcel Thiel (Universität Jena)*, die eine Typologie nicht-normierter Kämpfe um Arbeit in Westeuropa vorstellen. Nicht-normierte Konflikte (wie politische Massenproteste, ‚wilde‘ Betriebskonflikte oder ‚riots‘ im Sinne städtischer Unruhen), die sich oft gegen den ‚Staat‘ wendeten, hätten seit der Finanz- und Wirtschaftskrise (ab 2008) zugenommen, während Proteste von Arbeitenden gegen Unternehmen rückläufig seien. Allerdings spielen Überlappungen zwischen Arbeitskonflikten, politischen Konflikten und Konflikten um urbanen Raum eine immer wichtigere Rolle.

Der fünfte Beitrag von *Alexander Gallas (Universität Kassel)* widmet sich den Veränderungen von Arbeitskämpfen im Großbritannien des 21. Jahrhunderts. Die Wahrnehmung, dass Streiks auch in hier an Bedeutung gewinnen, sei zum einen auf eine Zunahme von niedrigem Niveau (nach dem massiven Rückgang von Streikaktivitäten während der Thatcher-Zeit), zum anderen auf die Zunahme von Streiks mit Massenwirkung in den letzten Jahren zurückzuführen, die starke mobilisierende Wirkung entfalten. Wenn etwa gegen Rentenreformen der Regierung gestreikt werde, sei der Übergang von einer (früheren) Politisierung in Regierungsregie zu einer gewerkschaftlich geführten Politisierung unverkennbar. Die Politik des Streiks erhalte damit einen grundlegend anderen Charakter.

Den Abschluss bildet der Artikel von *Ingrid Artus und Jessica Pflüger (Universität Erlangen-Nürnberg)*. Sie kritisieren die Diagnose, dass die aktuelle Verlagerung von Arbeitskämpfen in den Dienstleistungssektor (Tertiarisierung) quasi automatisch zu deren Feminisierung führe. Anhand einer Übersicht über Daten zu weiblichen TeilnehmerInnen an Arbeitskämpfen und einer Auswertung zentraler Zeitschriften im Bereich Industrielle Beziehungen wird argumentiert, dass eine Feminisierung quantitativ nicht eindeutig zu belegen sei und der Zusammenhang zwischen Arbeitskampf und Gender bislang kaum thematisiert werde, da Männer nach wie vor implizit als ‚Normalfall‘ gälten. Inwiefern Frau-Sein als Erklärungsfaktor für Auftreten, Verlauf und Inhalte von Arbeitskonflikten herangezogen werden könne, sei offen.

Deutlich wird in der Zusammenschau der Artikel, dass Konflikt(e) um Arbeit sich aus verschiedenen Quellen speisen – aus Auseinandersetzungen um Arbeitsverhältnisse und Verträge, um Anerkennung und um ein Arbeiten in Würde. Diese Ausgabe der AIS-Studien weist demnach in doppelter Hinsicht über den Betrieb als traditionellen Fokus der Arbeits- und Industriesoziologie hinaus: zum einen sind Konflikte um Arbeit engstens mit breiteren gesellschaftlichen Legitimitätsvorstellungen verbunden – zum anderen erleben wir offenkundig eine Politisierung von Arbeitskonflikten, in denen zunehmend nicht das Kapital, sondern der Staat als Gegenüber fungiert. Die Diskussion über die Konsequenzen dieser Befunde für künftige arbeitssoziologische Forschung hat begonnen. Wir sind gespannt, wohin sie uns führen wird.

Für die HerausgeberInnen

Nicole Mayer-Ahuja, Wolfgang Dunkel, Frank Kleemann